PDS
www.pds-berlin.de

landesinfo

PDS in Berlin – August 2004

Foto: Axel Hildebrandt

Gedenken an Werner Seelenbinder

Foto: ND-Archiv

Am 2. August jährte sich der Geburtstag von Werner Seelenbinder zum 100. Mal. Er war mehrfacher Deutscher Meister im Ringen und nahm an den olympischen Sommerspielen 1936 in Berlin teil. Und er kämpfte in der Widerstandsgruppe Robert Uhrig gegen den Faschismus. Im Februar 1942 wurde er verhaftet und blieb trotz seines zweieinhalbjährigen Martyriums in den Folterkellern der Gestapo ungebrochen. Am 5. September 1944 wurde er zum Tode verurteilt und am 24. Oktober 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet. Daran erinnerten Antifaschistinnen und Antifaschisten, Sportlerinnen und Sportler auf einer Gedenkkundgebung am Grab Werner Seelenbinders im Stadion Neukölln.

Auch die diesjährige Friedens-Fahrradtour am 5. September, zu der ebenfalls die PDS einlädt, gilt seinem Wirken in Berlin – als Sportler und im Widerstand.

Strategie „04-06“

Die Wahlniederlage 2002 löste die PDS-Fraktion im Bundestag auf. Das war bitter und weit reichend. Schnell wurde das Ende der PDS eingeläutet. Allemal von jenen, denen eine linke Partei, noch dazu aus dem Osten kommend, ohnehin quer lag. „Total-Krise“, war das allgemeine Urteil. Die PDS trug das Ihre bei. Es gab viel Streit und wenig Profil. In bundesweiten Umfragen sank meine Partei auf 3 Prozent, in Berlin auf 9 Prozent. Beides waren gefährliche Abstürze.

Derzeit suggerieren die Institute Besseres. Die PDS wird in Berlin – regierend – mit 14 bis 15 Prozent und bundesweit – opponierend – bei 5 bis 7 Prozent ausgewiesen. Nach der Schlappe 2002 wurde das Projekt „04-06“ geschrieben. 2004: Wiederwahl ins EU-Parlament. Das ist gelungen. 2006: Rückkehr in den Bundestag als Fraktion. Das bleibt eine gewaltige Herausforderung.

Derzeit hat die PDS zwei Berlinerinnen in der Bundesliga: Gesine Lötzsch und Petra Pau kämpfen im Bundestag oft - wie beim Thema „Hartz“ oder bei der so genannten Gesundheitsform - allein gegen alle. Dort. In Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern wissen sie regierende Genossinnen und Genossen an ihrer Seite. Auch deshalb hat Lothar Bisky (PDS-Vorsitzender) Recht, als er jüngst meinte: „Wir sollten uns den sorgenumwölkten Blick nach Berlin und Mecklenburg-Vorpommern so langsam abgewöhnen. ...“

Das war auf einer gemeinsamen Beratung des Parteivorstandes mit PDS-Landes- und Fraktionsvorsitzenden, mit Minister- und Senator/innen im Juli diesen Jahres. Bodo Ramelow, PDS-Spitzenkandidat im CDU-dominierten Freistaat, analysierte die jüngsten Erfolge seines Landesverbandes. Man habe „keinen Oppositions-Wahlkampf geführt“ und er habe auch mit „Beispielen aus Berlin gepunktet“. Natürlich wurde im gemeinsamen Rund gefragt, kritisiert, vorgeschlagen. Aber es gab keine unsachlichen Vorwürfe mehr. Wir suchten das Mit- und Füreinander.

Das macht Mut. Denn eine große, innerparteiliche Debatte steht noch bevor. Im Herbst 2003 hatte der PDS-Parteitag ein neues Programm verabschiedet. Das war gut und überfällig. Noch offen ist, mit welcher Strategie die PDS in den nächsten Jahren für einen Politikwechsel streiten will. Welche Optionen haben wir? Welche Verbündeten suchen wir? Welches Profil brauchen wir? Das sind nur einige Fragen, die den kommenden Parteitag prägen werden.

Bis dahin ist die gesamte Partei gefragt. Es wird Kontroversen geben. Wie in der Arbeitsgruppe des PDS-Vorstandes, die strategische Thesen vorgelegt hat. Sie sind im Internet unter www.pds-berlin.de und natürlich in allen Geschäftsstellen zu finden. Außerdem hilft der Landesvorstand gern, zum Beispiel mit Referenten, die Diskussion breit und gut zu führen. Das brauchen wir. Deshalb: Scheuen wir den Streit nicht. Aber führen wir ihn so, wie Kurt Tucholsky dereinst empfahl. Nämlich wohl bedenkend, dass „Streitende wissen sollten, dass nie einer ganz Recht hat und der andere ganz Unrecht.“

■ *Stefan Liebich*
PDS-Landesvorsitzender

Thema:

Hartz IV ist und bleibt unsozial!

Keine Lex Kopftuch
Eine einseitige Benachteiligung von Muslimen im öffentlichen Dienst wird es in Berlin nicht geben. Dies konstatierte die PDS-Fraktion angesichts des Entwurfs für ein Neutralitätsgesetz, den der Senat Ende Juli vorlegt hat. Danach macht Berlin keine Unterschiede zwischen Kopftuch, Kreuz oder anderen Religionssymbolen. Das Bundesverfassungsgericht hatte mit einem Urteil vom September 2003 den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, über das Tragen von religiösen Zeichen durch Lehrerinnen und Lehrer per Gesetz selbst zu entscheiden. Nach Auffassung der PDS hätte dazu in Berlin kein Handlungsbedarf bestanden. Der nunmehr vorliegende Kompromiss finde jedoch die Zustimmung, da mit ihm ein umfangreiches Maßnahmepaket für bessere Integration und gegen Diskriminierung verbunden werde. Die Kirchen reagierten mit Kritik auf den Gesetzentwurf.

Bleiberechtsregelung überfällig
Die PDS-Fraktion hat die Berliner Bündnisgrünen aufgefordert, sich gegenüber ihrer Bundestagsfraktion für ein Bleiberecht von langjährig „geduldeten“ Flüchtlingen stark zu machen. Der Zuwanderungskompromiss, den die PDS heftig kritisiert hatte, würde so um eine wichtige Komponente aufgewertet. Eine Bleiberechtsregelung für jene Zugewanderten, die aufgrund jahrelanger Aufenthalte meist einen hohen Integrationsgrad erreicht hätten, sei überfällig. Um in dieser Frage aktiv zu werden, sei Rot-Grün zudem nicht auf die Zustimmung der Union im Bundesrat angewiesen, hieß es bei der PDS.

Berlin hat den Hartz-Gesetzen im Bundesrat nicht zugestimmt. Dafür hat sich die PDS stark gemacht. Dennoch haben die Mehrheitsverhältnisse auf Bundesebene dazu geführt, dass Hartz IV ab Januar 2005 in Kraft treten wird. Die Stadt und insbesondere auch die PDS, die in Berlin den Arbeitssenator und die Sozialsenatorin stellt, werden mit den Folgen des Gesetzes umgehen müssen.
Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen, welche das sein werden. Hartz wird für viele Berlinerinnen und Berliner zu weiterer Verarmung führen, es werden Forderungen an sie herangetragen, denen keine Förderung gegenübersteht. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe erhalten künftig 460.000 Menschen Arbeitslosengeld II, 130.000 Arbeitslosenhilfeempfangende und ihre Familien werden künftig vom Arbeitslosengeld II leben müssen. Wie schon in der Vergangenheit die Sozialhilfe als von der Gesellschaft anerkanntes Existenzminimum lange nicht mehr vor Armut schützte, so werden dies auch die ab 1. Januar 2005 geltenden neuen pauschalierten Regelsätze von Arbeitslosengeld II/Sozialgeld in Höhe von 345 Euro mit den enthaltenen Aufschlägen von ca.16 Prozent nicht können.

Es fehlen Arbeitsplätze
Jobsuchende schneller auf freie Arbeitsplätze zu vermitteln, war ein vernünftiger Ansatz von Hartz. Doch was, wenn es wie in Berlin oder den neuen Ländern keine freien Stellen gibt? Dieses Problem wird schlicht ignoriert. Ende Juni 2004 waren in Berlin 297.401 Menschen arbeitslos gemeldet – allein 30.000 Jugendliche sind erwerbslos. Demgegenüber standen 7.581 offene Stellen. Es ist zynisch, Menschen schneller in Jobs vermitteln zu wollen, die es gar nicht gibt. Die Grünen in Berlin machen es sich einfach. Sie tun so, als wäre ihre Partei nicht maßgeblich an den Entscheidungen zu Hartz beteiligt, und stellen fest, dass der Senat sich nur mehr anstrengen müsste, dann wären die Probleme schon zu lösen. Klar ist, Berlin wird als Kommune mit einer Arbeitslosigkeit von über 15 Prozent Mittel erhalten, die es für eine kommunale Beschäftigungspolitik einsetzen kann. Da aber weder über die Höhe der Beträge Klarheit herrscht, noch in der Koalition klar ist, ob auch die SPD ein besonderes Interesse hat, eine entsprechende Infrastruktur in den Bezirken aufzubauen, werden noch viele Anstrengungen nötig sein, um den Wegfall bisheriger Arbeitsförderprogramme zu kompensieren.

Keine zusätzlichen Hürden
Die PDS in Berlin wird bei der Umsetzung alles tun, um keine unnötigen Hürden für die Betroffenen aufzubauen. Boykott-Aufrufe und Blockaden sind da geradezu menschenverachtend. Sie gefährden, dass die Betroffenen das Wenige auch erhalten, das ihnen zusteht. Deshalb laufen die organisatorischen Vorbereitungen zur Umsetzung von Hartz IV in Berlin auf Hochtouren. Der Senat hat trotz zahlloser Unklarheiten mit aller Kraft daran gearbeitet, dass in jedem Bezirk eine Arbeitsgemeinschaft mit der zuständigen Agentur für Arbeit eingerichtet sein wird.

■ *Steffi Schulze, sozialpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion*

Foto: www.sozialisten.de

Schwache Selbstverpflichtungen

Am 22. Juli wurden Ackermann, Esser, Zwickel und Co. freigesprochen. Das Gericht sah die Tatvorwürfe der schweren Untreue als nicht erfüllt an. Die Staatsanwaltschaft hatte den Angeklagten vorgeworfen, die Übernahme von Mannesmann durch Vodafone genutzt zu haben, um Managern und Ex-Vorständen ungerechtfertigte Abfindungen in Höhe von fast 60 Millionen Euro zuzuschieben. Der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, hatte also Recht behalten, als er zu Beginn des Prozesses mit breitem Grinsen im Prozesssaal das Victory-Zeichen machte. Die Vorsitzende Richterin erklärte im Zusammenhang mit dem Freispruch: „Wir haben auch keine moralischen oder ethischen Werturteile zu sprechen.“ An die Politiker gewandt mahnte sie: „Auch unter Politikern aller Parteien fanden sich Stammtisch-Rechtsexperten ... Sie erfanden Straftatbestände wie Sauerei, Schweinerei oder auch Perversion. Neu war auch die Einstellungsvorschrift der Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.“ Was kann und soll die Politik also tun, außer empörte Erklärungen abzugeben – von denen manche hinter geschlossenen Türen als „nicht so gemeint“ weggezwinkert werden? Justizministerin Zypries, die in einem Radiointerview die Angemessenheit von Managergehältern nicht bewerten wollte, kündigte einen Gesetzesentwurf an, der die Rechte von Aktionären stärkt. Danach sollen Aktionäre nun gegen Entscheidungen von Aufsichtsräten und Vor-ständen klagen können. Viel zu tun für kritische Aktionäre!

Vieles bleibt offen, wird bewusst nicht geregelt. Groß war mein Erstaunen, als ich von der Bundesregierung auf meine Frage: „Welche Selbstverpflichtungen (Dosenpfand, Ausbildungsplätze, Emissionswerte etc.) sind die Wirtschaftsverbände seit 1990 gegenüber der Bun-desregierung eingegangen, um gesetzliche Regelungen zu verhindern, und wie wurden solche Selbstverpflichtungen bisher erfüllt?“, eine mehr als lapidare Antwort erhielt. Die Bundesregierung verfüge nicht über eine zentrale Erfassung, teilte mir das Wirtschaftsministerium mit. Ich wurde auf die Internetseite des BDI verwiesen, wo sich eine Übersicht befinde. Wo keine Erfassung stattfindet, da gibt es auch keine Kontrolle. Wirtschaftsverbände bieten gern Selbstverpflichtungen an. Ihre Nichteinhaltung bleibt für die Verbände folgenlos, nicht aber für die Bürger. Ein besonders dramatisches Beispiel ist die nichteingehaltene Selbstverpflichtung des Dachverbandes der deutschen Banken und Sparkassen, jedem Bürger Zugang zu einem Girokonto zu ermöglichen.

Fazit: Diskussionen über Ethik und Moral sind sicher wichtig, ohne klare Regelungen geht es aber nicht.

■ *Gesine Lötzsch, MdB*

In Kürze:

Info-Bus
Drei Tage im Juli war der Bundestags-Info-Bus in Marzahn-Hellersdorf. Petra Pau war dabei: „Eigentlich will das Bus-Team zeigen, wie das Parlament arbeitet, wie Gesetze entstehen, was Abgeordnete tun. Diesmal war es anders. Das Bus-Team erfuhr hautnah und zuweilen harsch, was die Leute von der Gesundheits-‚Reform‘ und von ‚Hartz‘ halten!“

EU-Referendum
Vor der parlamentarischen Sommerpause empfingen Gesine Lötzsch und Petra Pau eine Delegation aus Strempt. Der Eifel-Ort wurde bundesweit bekannt, weil er am Tag der Europawahl zugleich eine Volksabstimmung über die künftige EU-Verfassung durchführte. Im Bundestag scheitert ein EU-Referendum noch immer am Widerstand von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Frauen im Netz:

↗ **www.gesine-loetzsch.de**
↗ **www.petra-pau.de**

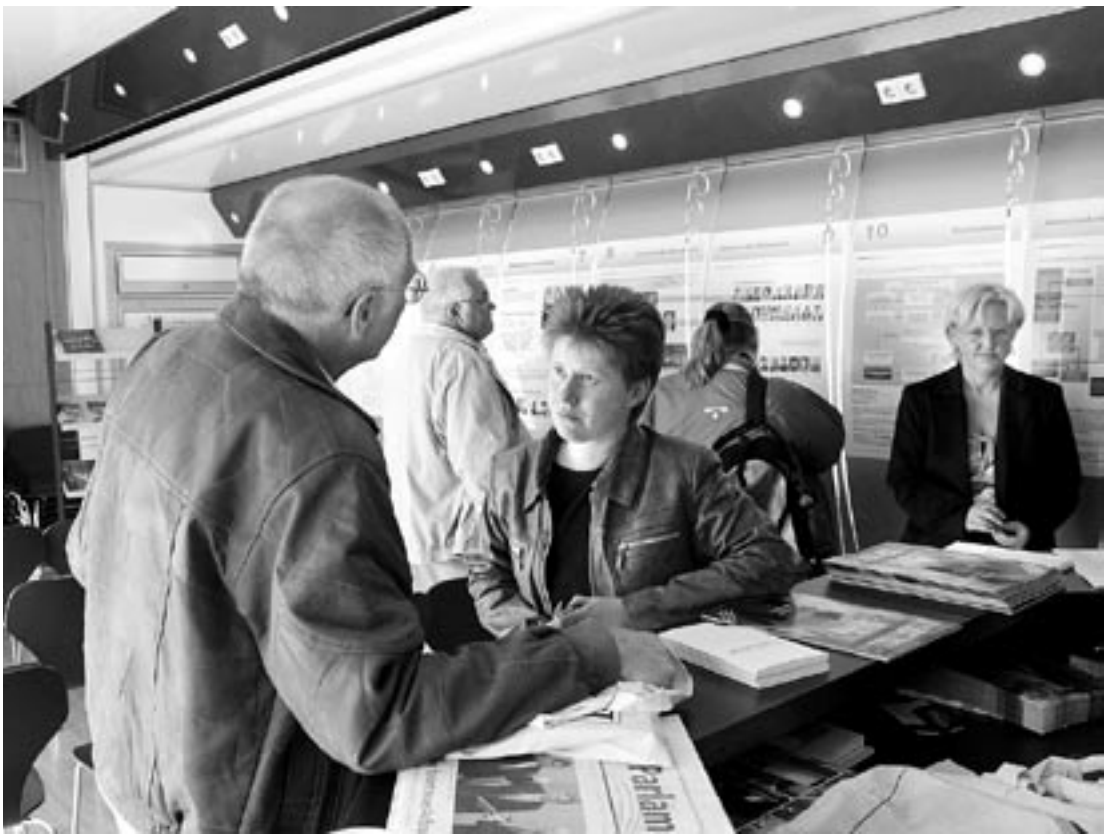

Foto: Carlos Katins

Infomobil des Deutschen Bundestages unterwegs in Marzahn-Hellersdorf: Petra Pau im Gespräch mit einem Wähler.

Bundestagsbüro
Dr. Gesine Lötzsch
2. Obergeschoss
Ahrenshooper Str. 5
13051 Berlin
Tel (0 30) 99 27 07 25
Fax (0 30) 99 27 07 26
wahlkreis@gesine-loetzsch.de
www.gesine-loetzsch.de
Bürgersprechstunde:
10. 08. 2004, 17–18 Uhr

Wahlkreisbüro
Petra Pau
Henny-Porten-Str. 10–12
12627 Berlin
Tel. (0 30) 99 28 93 80
Fax (0 30) 99 28 93 81
petra.pau@wk.bundestag.de
www.petra-pau.de
Bürgersprechstunde:
15. 09. 2004, 10–12 Uhr

Termine:

6. August 2004
Meeting zur Erinnerung und Mahnung an den Atombombeneinsatz 1945 in Hiroshima
17 Uhr, An der Friedensglocke im Volkspark Friedrichshain

18. August 2004
Ehrung anlässlich des 60. Todestages von Ernst Thälmann
9 Uhr, Am Denkmal im Thälmann-Park

18. August 2004
„Der Thälmann-Skandal“
Buchbesprechung und Diskussion zum Wirken von Ernst Thälmann mit dem Autor Bernhard Bayerlin, Moderation: Wilfriede Otto (Historische Kommission der PDS)
18 Uhr, Laden im Dritten (PDS-Geschäftsstelle Bezirk III), Kopenhagener Str. 76

21. August 2004
Gedenkkundgebung anlässlich des 60. Todestages des von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfers Robert Uhrig
11 Uhr, Wartburgstr. 4, 10823 Berlin-Schöneberg (Nähe U-Bahn Eisenacher Straße)

21. August 2004
Hoffest der PDS Spandau: „Soziale Politik in Europa, Berlin und Spandau“
u.a. mit MdB Gesine Lötzsch
12–18 Uhr, Raab-Passage in der Altstadt Spandau (Nähe Nikolaikirche)

28. August 2004
Solidaritätsbasar der Berliner Journalistinnen und Journalisten
10 bis 17 Uhr
Alexanderplatz

30. August 2004
Potenziale der PDS als linke soziale Partei
Forum mit Dr. Steffi Schulze (MdA)
19 Uhr, „Kiezspinne“, Harnackstr. 25 in Lichtenberg

16. September 2004
Gesamtmitgliederversammlung der in den Bezirksverbänden Charlottenburg-Wilmersdorf, Neukölln, Reinickendorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg organisierten PDS-Mitglieder zur Wahl von vier Delegierten zum 9. Bundesparteitag der PDS
19 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin (Raum 376), Niederkirchnerstr. 5

Impressum:

Landesvorstand PDS Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax 24 00 92 60
E-Mail: lv@pds-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung: www.warenform.net
Druck: www.druckerei-bunterhund.de
Redaktionsschluss: 27. 07. 2004

Service

Kalenderblatt:

21. August 1964
Palmiro Togliatti stirbt

Ein heißer Tag ist der 21. August des Jahres 1964 in Artek, als Palmiro Togliatti, Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei, an den Folgen eines Herzinfarkts verstirbt.

Stunden zuvor beendete er die Arbeit an einem Manuskript, das als die „Memoiren von Jalta“ bekannt werden sollte. Erstmals veröffentlicht in „Rinascita“ (Wiedergeburt) am 5. September 1964, setzte sich Togliatti in diesem Text für eine „Einheit in Vielfalt“ in der kommunistischen Bewegung ein. Grund war ein – letztlich niemals zustande gekommenes – geplantes Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien, das den Bruch mit der KP Chinas besiegeln sollte.

In seinem in Deutschland weithin unbekannten Text stellt Togliatti Fragen nach neuen ökonomischen Entwicklungen. Er fordert die Linke auf, Einfluss auf das politische Leben ihres Landes zu gewinnen und nicht bei allgemeiner Propaganda stehen zu bleiben. Er beschreibt Konzentrations- und Zentralisationsprozesse in der sich entwickelnden EWG und bemängelt das Fehlen internationaler Aktionen der Gewerkschaften, der gesellschaftlichen Linken überhaupt. Und er lenkt den Blick auf die Erweiterung der Grenzen der Freiheit und der demokratischen Institutionen.

„Es entsteht so die Frage der Möglichkeit der Eroberung von Machtpositionen von Seiten der arbeitenden Klasse im Rahmen eines Staates, der seine Natur eines bürgerlichen Staates nicht geändert hat, und folglich stellt sich die Frage, ob der Kampf um eine progressive Umgestaltung dieser Natur von innen heraus möglich ist.“ (So lebendig kann Geschichte sein!)

Er anerkennt die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit der Kommunisten bei der Lösung gemeinsamer Fragestellungen und Probleme. Jenseits dessen erteilt Togliatti Tendenzen formaler Vereinheitlichung zwischen den Parteien eine Abfuhr. Er plädiert stattdessen für einen fairen und argumentativen Diskurs.

Sein Blick auf Länder, in denen „wir Kommunisten schon das ganze soziale Leben leiten“, beweist Realismus – und kann die mangelnde Rezeption seiner Arbeit in der DDR erklären.

Togliatti, Jahrzehnte selbst in das stalinistische System verstrickt, eröffnet hier sein Vermächtnis einer Öffnung der Linken in die Gesellschaft, hin zu neuen Formen und in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs verankert.

■ *Carsten Schatz*

Werner Seelenbinder - Widerstand in Berlin

PDS Berlin lädt ein zur Berliner Friedenstour:
5. September 2004

Es ist möglich, sich an einzelnen Stationen der Tour anzuschließen.
Alle Nicht-Radler sind eingeladen, an den Kundgebungen an den Erinnerungsstätten teilzunehmen.